

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 22. Ratssitzung vom 14. November 2018

571. 2018/32

Motion von Isabel Garcia (GLP) und Corina Gredig (GLP) vom 31.01.2018: Einführung einer einheitlichen digitalen ID für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Corina Gredig (GLP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3729/2018) und ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Die elektronische Identität ist eine Möglichkeit, wie man die Chancen der Digitalisierung nutzen könnte, um die Kommunikation zwischen Staat und Bürger zu verbessern. Heute zücken wir das Portemonnaie, um uns auszuweisen, in Zukunft könnte das auch das Handy sein – sowohl beim Einkaufen im Internet, als auch für die Kommunikation mit der Stadt. Die elektronische Identität ist zentraler Baustein für einen einfacheren, effizienteren Zugang zur Stadtverwaltung. Das Amt der Zukunft soll auch digital erreichbar sein – den herkömmlichen Weg aber nicht verdrängen. Die digitale Identität ist auch ein Baustein der Smart-City Zürich, die wir mit der Smart-City-Strategie anstreben. Eine robuste IT-Infrastruktur darf da nicht fehlen, weshalb wir die Vorabklärungen der Stadt begrüssen, wie auch, dass die Stadt bei der Einführung der elektronischen Identität mit Bund und Kantonen zusammenarbeitet.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Die digitale ID muss kommen. Die Prozesse für die Kommunikation zwischen Stadt und Bevölkerung müssen vereinfacht und gesichert werden. Aber die Motion hatte einen finanzrechtlichen Haken. Dass IT-Ausgaben in die Kompetenz des Stadtrats gehören, das steht nicht im Zentrum, sondern dass die geforderte Lösung auf etwas fixiert, dass wir nicht sichern können und davon abhängig ist, was der Bund tut. Es wäre vermessen, zu behaupten, ich wüsste bis ins letzte Detail, wie die Bundeslösung aussieht, aber es ist klar, dass es eine nationale und nicht eine kommunale Lösung braucht. Es ist auch klar, dass, sobald diese einmal gesichert ist, wir alles daran setzen werden, dass diese Anwendung vermehrt angewendet werden kann. Natürlich nicht exklusiv, der analoge, persönliche Kontakt muss nach wie vor möglich sein. Aber es ist für jene ein Ärgernis, die elektronisch verkehren möchten, dass es diese ID noch nicht gibt. Da müssen wir etwas tun. Aber die Überweisung als Postulat ist sicher sinnvoller als eine fixe Motion, bei der wir etwas erbringen müssen, dass so gar nicht geht, weil wir nicht der einzige Player in diesem Feld sind. Es ist auch klar, dass es Teil von Smart-City und der Digitalisierung der Stadtverwaltung ist.

Weitere Wortmeldungen:

Ernst Danner (EVP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Es muss gewährleistet sein, dass alle städtischen Dienstleistungen auch ohne digitale ID beansprucht werden können. Der Vorstoss ist zukunftsgerichtet und wird den Umgang mit der Stadt sehr erleichtern – vor allem als Postulat. Wir sind auch der Meinung, die Verwendung der ID muss freiwillig bleiben und dies möchten wir gerne mit einer Textänderung im Vorstoss verankern.*

Përparim Avdili (FDP): *Auch wir halten die Stossrichtung für richtig und zukunftsgerichtet und mit der Politik übereinstimmend, die wir einfordern. Im Nationalrat wurde dies via Interpellation von einem FDPLer eingefordert und meines Wissens auch so vom Bundesrat verabschiedet. Es wird erwartet, dass Ende 2020 die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Aus diesem Grund hätten wir die Motion abgelehnt aber das Postulat unterstützt, aber das erübrigt sich ja jetzt. Wir wollen nicht, dass da etwas im Alleingang umgesetzt wird, obwohl national etwas geht. Wir befürworten, dass die Umsetzung bei uns entsprechend den nationalen Rahmenbedingungen, die jetzt geschaffen werden, geschieht. Wir würden auch die Textänderung von Ernst Danner (EVP) unterstützen, da es nach wie vor möglich sein soll, den Service analog zur Verfügung zu stellen.*

Marcel Bührig (Grüne): *Die Grünen beschliessen Stimmfreigabe und werden unterschiedliche Meinungen vertreten. Ich spreche für den Teil, der dem Vorstoss als Postulat zustimmen möchte. Ich denke, STR Daniel Leupi hat ausgeführt, wieso dieses Geschäft nicht motionabel ist. Wir sehen es als Postulat als durchaus interessant und sympathisch. Erstens, weil es einen einfacheren, digitalen Zugang zur Stadtverwaltung ermöglichen kann, was heute teilweise problembehaftet ist. Vor allem, wenn amtliche Ausweise benötigt werden. Es ist aber auch für uns klar, dass der Bund den Ton in diesem Geschäft angeben muss. Eine rein kommunale Lösung wäre ultima ratio, wenn der Bund aussteigen und nichts mehr tun würde. Mit der Textänderung von der EVP sind wir einverstanden, würden das Postulat aber auch ohne Textänderung überweisen. Wir glauben, dass es logisch und selbstredend ist, dass die digitale ID freiwillig sein muss und dass die Einführung der ID den Schalter und den persönlichen Kontakt der Verwaltung zu den Bewohnerinnen und Bewohnern nicht ersetzen würde. Nichtsdestotrotz möchte ich auf die kritischen Punkte hinweisen: Bei einer solchen Lösung muss der Datenschutz immer auch beachtet werden, man darf die Leute nicht dazu zwingen und es darf auch nicht zu einem Leistungsabbau in anderen Bereichen führen. Aber wenn das gewährleistet ist, und das ist durch das Votum des Stadtrats und durch die Formulierung des Postulats gewährleistet, wird ein Teil der Grünen diesem Postulat zustimmen.*

Dr. Pawel Silberring (SP): *Die SP wird den Vorstoss als Postulat unterstützen. Eine digitale ID finden auch wir gut und auch der Hinweis, dass dies eine hoheitliche Aufgabe sein soll, ist für uns richtig. Wenn man sich in der digitalen Welt mit der digitalen Identitätskarte ausweisen kann, geht vieles einfacher. Was wir aber nicht wollen, ist mit einer kreditschaffenden Weisung quasi eine proprietäre Insellösung für die Stadt zu verlangen, das hat auch Marcel Bührig (Grüne) so gesagt. Eine Insellösung für die Stadt allei-*

ne bringt zu wenig Nutzen. Für die meisten Menschen sind Internetkontakte mit der Stadt sehr viel seltener als mit etwa privaten Anbietern wie Onlineshops, Versicherungen etc. Wenn man aber eine breiter abgestützte Lösung möchte, muss man auf gemeinsame Lösungen setzen. Insofern leuchtet uns die Argumentation des Stadtrats ein, auf eine Bundeslösung zu setzen, denn nur diese kann eine breit abgestützte Lösung werden. Unser Vertrauen in den Bund, hier eine gute Lösung zu präsentieren, ist nicht unbegrenzt. Die Erinnerung an das Projekt einer Gesundheitskarte à la Bundesrat Couchepin steigert dieses Vertrauen nicht wirklich. Trotzdem kann es nicht sein, dass die Stadt Zürich als Winkelried den Technologiefirmen zu Referenzprojekten verhilft. Dazu sind solche Entwicklungen einfach zu teuer. Wir sind darauf angewiesen, dass der Bund einen guten Job macht und wenn er das nicht tut, kann die Stadt Zürich das nicht ausgleichen. Ob das Anliegen motionabel ist oder nicht, darüber kann man sich trotz der negativen stadträtlichen Antwort noch streiten. Ein neues Projekt ist womöglich nicht das gleiche wie die Beschaffung von Informatikmitteln, selbst wenn das Projekt vorwiegend aus Informatik besteht. Aber wir sehen im Postulat das richtige Instrument, um bei dieser Entwicklung aktiv mitzumachen, ohne dabei Technologie mit Steuergeldern alleine und ohne Partner zu fördern. Wir würden das Postulat mit und ohne Textänderung unterstützen, aber ich habe für diese Textänderung der EVP sehr viel Sympathien.

Urs Fehr (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat: Ich frage mich, ob wir nicht andere Probleme haben, als solche ID zu kreieren, die in meinen Augen nicht einem Bedürfnis entsprechen. Die Stadtverwaltung Zürich funktioniert nach meinem Gusto fast perfekt. Da braucht es das digitale Zeug gar nicht. Aber ich muss mich auch outen: Ich bin noch so einer, der ein altes Handy hat. Ich bin der Meinung, man muss nicht auf jeden Hype aufspringen. Wenn der Bund so etwas einführen will, dann soll er das. Zürich kann sich dann immer noch überlegen, ob sie dem beitreten möchten oder nicht. Aber dass die Stadt Zürich da etwas Eigenes versucht, auf die Beine zu stellen, sehe ich nicht. Also wenn ich das Portemonnaie hervornehme und meine ID zeige, meine richtige Schweizer ID oder so eine Karte – also das ist ja wohl einerlei. Es müssten sicher wieder Stellen geschaffen werden, die das programmieren, dann eben das Problem des Datenschutzes. Die Daten sollen auf dem Handy gespeichert werden. Was ist denn mit mir, der so ein altes Handy hat? Und was ist mit den vielen Leuten, die kein Handy haben? Wir haben eine gut funktionierende Stadtverwaltung, da braucht es das jetzt effektiv nicht.

Alexander Brunner (FDP): Marcel Dobler, ein FDP-Nationalrat, ist in Bundesbern bereits vorstössig geworden in diese Richtung. Diese Entwicklung ist eine Weiterentwicklung des Internets. Der erste Schritt des Internets war E-Mail, das kennen Sie mittlerweile alle. Die zweite Entwicklungsstufe, die Sie miterleben, ist alles mit dem eCommerce mit Amazon und Zalando. Die dritte Entwicklung, die gerade läuft aber noch sehr in den Kinderschuhen steckt, ist die digitale Identität, die es sicher zu stellen gilt. Das ist kein banales Thema. Sie hören immer wieder von Datenklau und dass all diese Systeme zur Identifizierung, die Sie heute kennen, nicht 100-Prozent sicher sind. Ein Beispiel ist etwa eine Message von der Bank für das Mobiltelefon – die Sache ist, dieses wird immer wieder gestohlen. Es kann also sein, dass ein anderer diese Nummer hat und sie verwenden kann und so weiter. Der neueste Trend ist, sich über das Telefon zu identifizieren.

ren. Dieses tragen Sie immer auf sich und über die Weise wie sie es schütteln oder halten, hilft das, Sie zu identifizieren. Diese Technik ist noch sehr stark in der Entwicklung. Es hat schon erste Versuche gegeben. Vielleicht haben Sie von der Stadt Zug gehört. Das haben weniger als 200 Leute runtergeladen. Die Stadt Schaffhausen hat einen ähnlichen Piloten gemacht, das war offiziell keine Abstimmung, mehr so eine Umfrage, mit einer Firma hier in Zürich, in der ich auch einsitze. Es gibt also erste Tests. Eine grosse Herausforderung ist die Datensicherheit. Es ist nicht ganz einfach, festzustellen, dass Sie wirklich Sie sind. Das klingt sehr banal. Was mich freute, ist, was Corina Gredig (GLP) hineinpackte, aber nicht offen sagte. Wenn sie von dezentraler Technik auf Mobiltelefonen spricht, spricht sie von der Blockchain – eine Technik, die auch erst noch in der Entwicklung steckt. Etwas Wichtiges, das ich in diesem Rat gerne wiederholen möchte: Der Bund sagte, er möchte einen Rahmen schaffen, in dem private Anbieter Lösungen entwickeln können. Wenn man den gesetzlichen Rahmen betrachtet, ist es klar: Wir reden noch relativ stark von Dingen in der Zukunft. Was mich freuen würde, wäre, wenn wir ab und zu einen Test in Zürich machen könnten, weil wir auch den grössten Blockchain-Hub der Schweiz haben. Vielleicht können wir mit der GLP mal die Köpfe zusammenstecken. Es sind aber wirklich erst Tests, das muss man ehrlicherweise sagen, aber das ist die nächste wirkliche Frontier des Internets: Kann man in Zukunft sicherstellen, dass Sie Sie sind? Und das geht viel weiter: Es hat demokratische und bürgerrechtliche Elemente. Denken Sie weniger an die Schweiz, sondern mehr an Länder, in denen nicht immer so ganz klar ist, wie man sich im Internet eindeutig ausweisen kann. Wenn das erreicht wird, hat das weitreichende politische und wirtschaftliche Konsequenzen. Daher sind wir froh, wenn der Stadtrat das weiter verfolgt und wir werden es bei der FDP auf nationaler Ebene weiter verfolgen.

Mathias Manz (SP): Die beiden Motionäre nehmen ein prächtiges Anliegen zur rechten Zeit auf. Nach der gescheiterten Einführung der Swiss ID nimmt der Bund einen erneuten Anlauf und versucht, gesetzliche Rahmenbedingungen für eine breit abgestützte Lösung zu definieren, um die Identität einer Person digital feststellen zu können. Ich stimme mit der GLP überein, dass sich dadurch die Nutzerfreundlichkeit und die Sicherheit im alltäglichen Onlineverkehr erhöht. Es wurde schon zur Genüge erläutert, warum wir keine Zürcher Lösung möchten. Wenn wir nicht abwarten, werden wir unter Umständen die gleichen unangenehmen Erfahrungen machen wie etwa Estland mit seinem elektronischen Personalausweis. Aus meiner Sicht wäre nichts schlimmer, als wenn ein solcher Ausweis aufgrund von Sicherheitslücken plötzlich zum Sicherheitsrisiko wird und dadurch das Vertrauen und die Akzeptanz untergraben wird. Umso mehr dünkt mich das Vorgehen der Stadt sehr vernünftig, um den richtigen Zeitpunkt noch abzuwarten. Wir sind ein gutes Stück von einer einheitlichen und bundesweiten Lösung entfernt. Mit dem vom Stadtrat vorgeschlagenen Pilotprojekt können wir durchaus die technischen und datenschutzrechtlichen Herausforderungen angehen. Ich denke hier zum Beispiel an den Schutz vor Identitätsverwechslungen oder an die Vermeidung von unwahren Registrierungen, wie auch dass keine Daten ohne die Einwilligung der betroffenen Personen weitergereicht werden. Es besteht die Möglichkeit zum Opting-Out, man muss sich also kein Smartphone kaufen, sondern kann die Geschäfte mit der Stadt auf die altbekannte Weise führen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Einige Bedenken haben wir von Alexander Brunner (FDP) und Urs Fehr (SVP) gehört, die man hier nicht wiederholen muss. Als Ergänzung möchte ich sagen, dass Cyberkriminalität immer mehr aufkommt. Das ist auch der Grund, weshalb ich dort grundsätzlich nichts mache. So weiss ich, dass ich davon nie betroffen bin. Das würde dann zum Problem, wenn sich diese Karte zum Standard entwickelt – jetzt ist sie noch freiwillig – und man sie haben muss, weil man sonst weg vom Fenster ist. Dann wären wir bei einer digitalen Diktatur angelangt und das wollen wir auch nicht. Eine Frage ist bei mir noch offen: Im Text steht, dass diese digitale ID für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich wäre und nicht für Bürgerinnen und Bürger – das heisst mit anderen Worten, auch Sans-Papiers könnten so eine digitale ID haben. Dann wären wir wieder bei der City-Card und hätten Leute, die keine offizielle, sondern nur eine digitale Identität hätten. Dann wäre man am Ende beim virtuellen Raum angelangt, in dem schlussendlich alles möglich ist.

Walter Angst (AL): Die AL wird sich dieser Motion weder als Motion noch als Postulat anschliessen. Das Problem in der Stadt Zürich ist nicht, neue Aufträge an den Stadtrat zu überweisen, die mit der Digitalisierungsstrategie zu tun haben, sondern dass sich die Stadt Zürich bemüht, die Aufgaben, die sie erhalten hat und jene, die schon laufen, richtig unter ein Dach zu bekommen. Wir wissen, dass viele Departemente solche Projekte aufziehen. Die Stadt Zürich geht hier sehr dezentral vor. Wir halten das nicht für ein sinnvolles Vorgehen. Wir warten lieber auf die Smart-City-Strategie und würden dann wieder schauen, welche Aufgaben wir der Stadt übertragen.

Corina Gredig (GLP) ist mit der Textänderung einverstanden: Lieber Urs Fehr (SVP), Neuerungen sind nicht per se schlecht, sondern haben viele Vorteile und darum ist es richtig, dass man das Angebot entsprechend anpasst. Wir sind im digitalen Zeitalter, das Fax-Zeitalter ist vorbei, so ist es nun einmal. Der Datenschutz muss gewährleistet werden, das ist klar und auch für uns ein absolutes Muss. Leistungsabbau wurde erwähnt. Der Zugang muss für uns einfacher, effizienter und transparenter sein – ein Leistungsabbau sehen wir mit der Einführung einer elektronischen Identität nicht verbunden. Eine Insellösung wollen wir auch nicht, man muss im Verbund zusammen denken. Die Vorabklärungen in alle Richtungen begrüssen wir dementsprechend.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung für die Einführung einer einheitlichen digitalen ID für alle Stadtbewohnerinnen vorzulegen. Bei der Entwicklung dieser digitalen ID soll darauf geachtet werden, dass die persönlichen Daten nicht auf zentralen Servern oder im Internet sondern auf dem eigenen Mobiltelefon gespeichert werden und dass die Ausgabe einer solchen digitalen Identität als hoheitliche Aufgabe konzipiert ist. Es muss gewährleistet sein, dass alle städtischen Dienstleistungen auch ohne digitale ID beansprucht werden können.

Das geänderte Postulat GR Nr. 2018/441 (statt Motion GR Nr. 2018/32, Umwandlung) wird mit 83 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat